

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.
14.11.2002

Grüne für preiswerte Open-Source-Software in der Verwaltung

Nach den seit dem 31. Juli 2002 geltenden neuen Lizenzbestimmungen für die Nutzung von Software-Produkten der Firma Microsoft können Großkunden nicht mehr uneingeschränkt eine vergünstigte Nachfolgeversion des Produkts erwerben. Um in den Genuss einer "Upgrade-Version" zu gelangen, müssen sie ihre Verträge durch eine sogenannte "Update-Assurance" erweitern, wodurch erhebliche Kosten entstehen können.

Da auf fast allen PCs der bremischen Verwaltung Microsoft-Office-Produkte eingesetzt werden, haben die Grünen den Senat nach den für die Verwaltung mit den neuen Bedingungen verbundenen Mehrkosten und nach möglichen Alternativen gefragt. Nach Meinung von Anja Stahmann, medienpolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion, zeigt sich der Senat in seiner Antwort wenig innovativ.

"Andere Bundesländer nutzen schon länger die Vorteile der als sicher geltenden, kostengünstigen freien Software. Dort gibt es groß angelegte Projekte, in denen die sogenannte Open-Source-Software getestet wird. Anstatt sich daran ein Beispiel zu nehmen, springt der Senat weiter für Microsoft in die Bresche und bestätigt damit die Monopolstellung des Unternehmens", kritisiert Anja Stahmann.

Die Grünen fordern im Rahmen von Bremen in T.I.M.E eine stärkere Förderung von alternativen Anwendungen. Anja Stahmann: "Der Senat muss zügig Wettbewerbe ausschreiben, um die Entwicklung von Open-Source-Software zu puschen. Damit würde er junge Softwareschmieden unterstützen und dem Standort Bremen positive Impulse geben."